

Ergebnisse der Mitgliederumfrage zum Koalitionsvertrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir freuen uns sehr über die engagierte Beteiligung an unserer Mitgliederumfrage, deren Ergebnisse wir Ihnen hiermit – gepaart mit den besten Wünschen zu den Osterfeiertagen – bekanntgeben dürfen.

Insgesamt haben sich 1.403 Mitglieder innerhalb einer Woche an der aktuellen Online-Umfrage der CDU beteiligt. Ein Rekordwert, trotz der Ausführlichkeit der gestellten Fragen. Noch nie haben sich so viele Mitglieder an unserer Umfrage beteiligt. Dafür darf ich mich ganz herzlich bedanken, genauso wie für die darin zum Ausdruck gebrachte **breite Zustimmung zum Koalitionsvertrag**.

Als Mitgliederpartei führen wir Umfragen wie diese seit über 10 Jahren zu verschiedenen Themen durch. Auch ein Koalitionsvertrag war bereits Schwerpunkt einer Umfrage. Es fällt bei der Auswertung auf, dass **Mitglieder heute weniger kritisch mit der kommenden Koalition** umgehen als noch zur Umfrage, die 2013 stattfand (bei damals 801 Teilnehmern). Es begrüßen heute wie damals 9,6 Prozent diese Koalitions ausdrücklich, während weitere 55,5 Prozent sie für die „vernünftigste Koalitionsoption“ halten (2013 waren es nur 49%).

Bei der Bewertung des Koalitionsvertrags nach Schulnoten ergibt sich eine 3. 2013 ergab dieselbe Frage eine „3-“. Interessant ist die Betrachtung der Altersgruppen: Die Jüngeren (bis 29 Jahre) und die Älteren (über 60 Jahre) bewerten die Einigkeit positiver als die Altersgruppen dazwischen.

Eine größere Zustimmung zeigt sich 2025 auch bei der Frage, ob die Befragten glauben, **es werde Deutschland am Ende der Legislaturperiode besser gehen**. Dies glauben aktuell **58,1 Prozent**, nicht glauben das 30,7 Prozent. Der Rest traut sich keine Einschätzung zu. In der Umfrage 2013 beantworteten nur 17 Prozent die Frage mit „Ja“.

Bei der folgenden Darstellung der Ergebnisse werden generell die Antworten „Ja/eher ja“ und „Nein/eher nein“ zusammengefasst. Die Standardfrage lautete dabei immer: „Halten Sie Maßnahme für eine sachgerechte Lösung?“

Bei den Sachfragen taucht ein verwandtes Thema erneut auf: der Mindestlohn. Mit Blick auf die Mindestlohnkommission und das **Ziel eines Mindestlohns von 15 Euro pro Stunde** ergibt sich ein **geteiltes Bild**: 48,2 Prozent unterstützen (ja/eher ja) dieses Ziel, während 48,1 Prozent dies kritisch sehen und ablehnen (nein/eher nein). Bei der Umfrage 2013, die die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 Euro betraf, hielten dies 44 % für eine sachgerechte Lösung, 52 % taten es nicht.

Die größte **Zustimmung** bei den aktuellen Themen erfährt mit **84,6 % die Abschaffung des Bürgergeldes zugunsten einer Neuen Grundsicherung** mit härteren Sanktionen

bis zum Leistungsentzug, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen und mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Hohe Zustimmungswerte erfahren außerdem die **Einführung eines Nationalen Sicherheitsrates** (82,3 %), die **Entlastung der Wirtschaft von der Bürokratie** (82,0 %) sowie die Einführung einer **Aktivrente** (76,1 %).

Etwa **zwei Drittel** der Teilnehmer halten es jeweils für eine sachgerechte Lösung, dass die **Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen gesenkt** und die **Pendlerpauschale erhöht** werden soll (68,8 %). Die **grundsätzliche Erhaltung des Deutschlandtickets** unterstützen 65,0 %. 67,6 Prozent glauben überdies, dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten **Maßnahmen** (z.B. Grenzkontrollen, Zurückweisungen, Rückführungsoffensive etc.) eine sachgerechte Lösung **zum Stopp der irregulären Migration** sind. 30,9 Prozent glauben dies (eher) nicht.

Und nicht zuletzt unterstützen **mehr als zwei Drittel (69,3 %) die Grundgesetzänderung zu Ausnahmen bei der Schuldenbremse** für Verteidigung und Sicherheit und die **Schaffung eines Sondervermögens für Infrastruktur** im Umfang von 500 Milliarden Euro. Gleichzeitig sprechen sich diese jedoch für die **Beibehaltung der Schuldenbremse** aus, um Staatsschulden für künftige Generationen beherrschbar zu halten. 8,8 Prozent der Befragten fordern darüber hinaus, die Schuldenbremse grundsätzlich abzuschaffen. Etwa jeder Fünfte (20,7%) sieht dies hingegen kritisch und meint, es solle gar keine Ausnahmen von der Schuldenbremse geben.

Ich bin überzeugt, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD viele Maßnahmen enthält, die das Leben vieler Menschen in Deutschland besser machen werden. Es ist ein guter Kompromiss, der bei zentralen Punkten den notwendigen Politikwechsel bringen wird. Wenn nun alles seinen geplanten Weg geht, wird in drei Wochen der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschlands Friedrich Merz heißen und wir werden endlich wieder eine starke und handlungsfähige CDU-geführte Regierung haben.

Ich möchte mich bei Ihnen nochmals herzlich für Ihre Beteiligung an dieser Umfrage bedanken und wünsche Ihnen und Ihren Lieben frohe Osterfeiertage!

Es grüßt Sie herzlich

Dr. Ottilie Klein